Mittwoch, 23. November 1921. Einzelnummer 15 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 225.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M. Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Landessynode der unierten evangelischen Kirche.

Über die kirchlichen Synoden weiß die Öffentlichkeit im allgemeinen wenig Bescheid. Sehr viele begnügen sich mit ihrem kirchlichen Interesse an der Einzelgemeinde, ihren Gottesdiensten und Amtshandlungen. Die Teilnahme an den kirchlichen Gemeindewahlen, an den Verhandlungen der kirchlichen Gemeindevertretung und des Gemeindekirchenrates ist schon geringer, und die jährlichen Tagungen der Kreissynoden der einzelnen Kirchenkreise oder gar die nur alle drei Jahre tagende Provinzialsynode fanden namentlich früher in weiten Kreisen noch weniger innere Anteilnahme. Das ist jetzt anders, wo die Kirche nicht mehr eine selbstverständliche staatlich geschützte Größe ist, sondern in allerlei Nöten sich befindet und mancherlei anderen Gefahren ausgesetzt ist. Hatte die Synode früher sich oft mit allerlei theoretischen Verhandlungen und äußerlichen Rechnungssachen befaßt, so hat sie jetzt für die Existenz der Kirche und die Sicherung ihrer Grundlage einzutreten. Das ist nicht bloß Sache des Konsistoriums, sondern der ganzen evangelischen Kirche, und das ist die Gesamtheit der Gemeinden und ihrer gewählten Vertreter der Abgeordneten zur Landessynode, die am 29. November d. Js. zu ihrer ordentlichen Tagung zusammentritt.

Aber gibt es denn heute noch eine rechtliche Grundlage für die Einberufung der Landessynode, wo die Verhältnisse sich doch so erheblich geändert haben? Eine kleine Veränderung ist auch kirchlich eingetreten. Hatten wir früher eine Posensche und eine Westpreußische Provinzialsynode, so haben wir jetzt eine Landessynode in Polen, weil wir eben keine Provinzen im alten Sinne mehr haben, Teile der Provinz Posen und der Provinz Westpreußen bei Preußen verblieben und dafür kleine Gebiete von Ostpreußen in der Soldauer Gegend und von Schlesien in der Gegend von Bojanowo-Guhrau und von Neu-Mittelwalde hinzugekommen sind. Die kirchlichen Ordnungen und Gesetze dagegen sind dieselben geblieben wie früher. Ebenso wie das deutsche bürgerliche Gesetzbuch und das deutsche Strafgesetzbuch und viele andere preußische Gesetze und Verordnungen heute auch in Polen noch gelten, so ist auch die bisherige Kirchengemeinde- und Synodalordnung in Polen in Geltung geblieben. Danach haben die wahlberechtigten Gemeindeglieder die Mitglieder der kirchlichen Gemeindekörperschaften zu wählen, diese wiederum die Mitglieder der Kreissynode, und die Kreissynoden, die überall in diesem Jahr bereits getagt haben, die Mitglieder der Landessynode und zwar $^2/_3$ Laien und $^1/_3$ Geistliche, um auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die evangelische Kirche keine Pastorenkirche sein will.

Aber wichtiger als die Zusammensetzung sind die Aufgaben, die die Landessynode beschäftigen werden. Im Einzelnen läßt sich darüber nichts Genaueres sagen. Nicht das Konsistorium, auch nicht der Landessynodalvorstand, sondern die Landessynode selbst setzt sich ihre Tagesordnung fest und ist darin ganz souverän, zu welchen Fragen sie Stellung nehmen will. Immerhin wird sie nicht umhin können, sich mit den dringendsten kirchlichen Notständen zu befassen und, so weit es in ihren Kräften steht, nach Abhilfe zu suchen. Während früher es sich immer wieder darum handelte, neue Kirchengemeinden und neue Pfarrstellen zu gründen, neue Kirchen und Bethäuser zu bauen, kommt dies jetzt kaum noch in Frage. Höchstens in den von Schlesien abgetrennten Randgebieten, die von ihren nahegelegenen bisherigen Gotteshäusern durch die Landesgrenze getrennt sind, wird vielleicht eine oder die andere Kirche neu gebaut werden müssen, sobald die Mittel dafür gesichert und die Verhältnisse auf dem Baumarkt anders liegen. Jedoch ist der gegenwärtige Besitzstand der evangelischen Kirche hier und da leider auch von staatlicher Seite bedroht. In Verbindung mit der großen Ansiedlervertreibung, die manche evangelische Kirchengemeinde eines großen Teiles ihrer Gemeindeglieder beraubt, ist der evangelischen Kirchengemeinde Kensau in Pommerellen aufgegeben worden, zum 1. Dezember ihr Kirchengrundstück mit Kirche und Pfarrhaus zu räumen, widrigenfalls Exmission erfolgen werde. Eine ausländische Zeitschrift meint hierzu, daß es zum ersten Mal in der Geschichte der Neuzeit geschehe, daß ein Staat einer Kirchengemeinde nicht nur Grundeigentum und Pfarrhaus, sondern auch ihre Kirche nimmt. Ein ähnlicher Fall wird aus Rheinsberg gemeldet. Ebenso ist das Gemeindehaus in Obornik seit Jahr und Tag widerrechtlich der Kirchengemeinde genommen.

An anderen Orten wird es jetzt notwendig werden, mehrere Kirchengemeinden unter einem Pfarramt zu verbinden, weil die Abwanderung unter dem Druck der Verhältnisse die Seelenzahl einzelner Gemeinden so vermindert hat, daß es nicht möglich ist, sie durch einen eigenen Geistlichen zu versorgen. Es wird darum überlegt werden müssen, ob nicht besondere Wanderprediger zu bestellen sind, die solche Gemeinden aufsuchen und kirchlich bedienen. Hatten wir früher bereits in abgelegenen Dorfgemeinden Außengottesdienste, so wird dies jetzt bei den großen räumlichen Entfernungen erst recht notwendig werden.

Besondere Fürsorge wird auch die trostlose Lage des Religionsunterrichtes erfordern, da durch die Umwandlung von Hunderten evangelischer Schulen in katholische Schulen, durch die Entlassung der deutschen evangelischen Lehrer unzählige evangelische Schulkinder keinen ausreichenden Religionsunterricht mehr genießen, sei es, daß sie polnisch-katholische Schulen besuchen müssen, sei es, daß sie überhaupt jedes Schulunterrichtes entbehren. Die Ausbildung von Hilfslehrkräften in den staatlichen Lehrgängen reicht bei weitem nicht aus, entspricht auch gerade mit Bezug auf den Religionsunterricht nicht überall den Anforderungen, die die evangelische Kirche an die künftigen Religionslehrer der evangelischen Schuljugend stellen muß. Die Kirche wird deshalb je länger je mehr zur Selbsthilfe schreiten müssen, wie es in einem Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von evangelischen Hilfskräften für den Religionsunterricht in Lissa bereits geschehen ist. Ist es schon schwer genug, daß ein großer Teil der Konfirmanden jetzt nicht mehr lesen und schreiben kann, so ist es Aufgabe der Kirche, mit dafür zu sorgen, daß irgendwie für ausreichenden Religionsunterricht gesorgt wird, wenn die öffentliche Volksschule ihre Aufgabe nicht mehr erfüllt.

In besonderer Not befinden sich auch die Einrichtungen und Anstalten der Inneren Mission. Während ein großer Teil gerade der wohlhabenden Gemeindeglieder, die bisher mit ihren Gaben diese Liebeswerke getragen hatten, abgewandert, ist die Zahl der notleidenden Waisen und Krüppel, Armen und Alten, Kranken und Siechen eher noch gestiegen, da infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse auch weite Kreise des Mittelstandes jetzt notleidend geworden sind, im besondern die kleinen Rentner und Rentnerinnen. Mochte eine Stiftung von der guten alten Zeit her auch noch so reich mit Mitteln ausgestattet gewesen sein, durch die zwangsweise Umwandlung in polnische Valuta und deren unaufhaltsame Entwertung in Verbindung mit der ständig steigenden Teuerung reichen alle diese Mittel nicht mehr im Entferntesten aus, diese notwendigen Liebesarbeiten zu treiben, zumal in den staatlichen und die provinziellen Anstalten für die besonderen Bedürfnisse der evangelischen Pfleglinge nicht entsprechend gesorgt wird. Darum müssen immer wieder alle evangelischen Kreise in Stadt und Land zu tätiger Mithilfe aufgerufen werden, ihrer Pflicht an den notleidenden Brüdern in Bezug auf ihre leibliche und geistliche Versorgung eingedenk zu bleiben. Schon nach diesen Andeutungen liegen so große Notlagen vor, daß die Landessynode daran nicht vorübergehen kann, sondern gerade hier große Aufgaben zu lösen haben wird.

Aus Oberschlesien.

Die Alliierten für allgemeine Amnestie.

Warschau 22. November. Die Verbandsstaaten wandten sich an die polnische und deutsche Regierung mit dem Vorschlag, daß alle Personen, die aus Oberschlesien stammen und auf Grund einer Verordnung der polnischen oder deutschen Regierung in Verbindung mit den Vorfällen während der Abstimmung verhaftet wurden in Freiheit gesetzt werden sollen und zwar im Einvernehmen mit der Amnestie, die seinerzeit von der interalliierten Abstimmungskommission in Oppeln erlassen wurde. Die alliierten Staaten fordern zugleich von beiden Regierungen die Bildung einer Sonderkommission, welche sich mit der Durchführung dieser Amnestie beschäftigen soll.

Polnische Vorbesprechungen.

Kattowitz, 21. November. Am Sonntag, dem 20. d. M., versammelten sich in der Handelsbank in Sosnowiec die polnischen Sachverständigen, die zur Prüfung der wirtschaftlichen Fragen ernannt wurden, mit den Vertretern der Großindustrie jenes Teils Oberschlesiens, der auf Grund der Entscheidung des Obersten Rates Polen zufiel. Die Versammlung eröffnete Herr Olszowski, der Hauptdelegierte der polnischen Regierung zu den Verhandlungen in Genf. Auf seine Ansprache antwortete einer der Großindustriellen Oberschlesiens. Darauf wurden eine ganze Reihe von Kommissionen gebildet, denen die polnischen Sachverständigen wie auch die Vertreter der oberschlesischen Industrie beitraten. Die Beratungen beendigte Herr Olszowski, der in herzlichen Worten den Vertretern der oberschlesischen Industrie für die zahlreiche Beteiligung dankte und die Hoffnung aussprach, daß eine enge Zusammenarbeit mit den polnischen Sachverständigen gute Früchte für die Bevölkerung und die Industrie Oberschlesiens bringen wird.

Beginn der Verhandlungen am 23. November.

Genf, 21, November. Wie zuverlässig verlautet, wird Isshii die Kommission für die deutsch-polnischen Verhandlungen nicht erst zum 10. Dezember, sondern voraussichtlich schon zum 21. November nach Genf einberufen. Den Vorsitz wird, wie nunmehr feststeht, der frühere Präsident des Bundesrates, Calonder, führen. Calonder ist bekanntlich ein großer Anhänger des Völkerbundes. Das Völkerbundssekretariat schätzt die durch die Beratungen der verschiedenen Kommissionen entstehenden Kosten auf 65 Millionen Mark, die gleichmäßig zwischen Deutschland und Polen verteilt werden sollen.

Lebensmittelpreise.

Kattowitz 21. November. (PAT.) Die oberschlesischen Märkte stehen unter dem Eindruck der Furcht vor Lebensmittelunruhen. Wegen der erhöhten Preise bringen die Händler ihre Waren mit gewissem Bedenken auf den Markt und zwar nicht nur in Kattowitz, sondern in allen Städten Oberschlesiens. In Oppeln sind die Markttage zugleich Tage der Alarmbereitschaft für Polizei und Militär. Es ist jedoch entgegen allen alarmierenden Nachrichten bisher in Oberschlesien noch nicht zu Unruhen gekommen wie dies z. B. in Berlin geschah. Der letzte Markt in Kattowitz verlief friedlich. Es wurden folgende Preise gezahlt: Schweinefleisch Pfund 28—30 Mark Butter Pfund bis 44 Mark. amerikanischer Speck Pfund 20 Mark, Eier Stück 3,50 Mark.

Die Abrüstungskonferenz.

Die amerikanischen Richtlinien für den fernen Osten.

Einer „Matin"-Meldung zufolge soll Amerika folgende Leitsätze für die Behandlung der Frage des fernen Ostens aufgestellt haben:

1. Die englisch-japanische Allianz wird außer Kraft gesetzt.

2. Japan hat Schantung zu räumen.

3. Japan hat Sibirien zu räumen.

4. Die Rechte Japans aus dem Abkommen zwischen Lansing-Ishii vom Jahre 1917 werden für erledigt erklärt.

5 Die Einflußsphären der Großmächte in China werden aufgehoben.

6. Der Besitz von Privateigentum in China, insbesondere von Eisenbahnen, berechtigt nicht zur Ausübung irgendwelcher militärischer oder politischer Vorrechte.

7. Die Verträge über chinesische Häfen, wie über Wei-Hai-Wei und Kiautschou dürfen in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas beeinflussen.

8. Die Vereinigten Staaten haben die Befestigungen im Stillen Ozean d. i. auf den Philippinen, Guam, Havai und Samoa aufzugeben, vorausgesetzt, daß andererseits Japan auf den vorgelagerten Inseln im westlichen Teil des Stillen Ozeans keine Befestigungen anlegt.

Die Japaner erscheinen schon jetzt nach der zweiten Vollsitzung der Konferenz isoliert. Am Beginn der Rede Balfours herrschte im Saale eine schwüle Atmosphäre. Die ersten Andeutungen des englischen Delegationsführers, in denen er von der Notwendigkeit der Sicherungen der englischen Seewege sprach, wurden freilich als eine verhüllte Ablehnung des Hughesschen Vorschlages gedeutet. Die Amerikaner machten lange Gesichter. Die Spannung löste sich jedoch, als Balfour die britische Mitarbeit am Abrüstungsvorschlag zusagte. Die Methode in den Ausführungen, die angenehmen Mitteilungen an den Schluß der Betrachtungen zu stellen, hatte Erfolg. Der Japaner sprach eisig, ohne Schärfe. Er scheint mit sehr gebundener Marschroute nach Washington gekommen zu sein. Ein Hauptpunkt der Diskussion wird Briands Vorschlag zu Besprechungen der Rüstungen zu Lande bilden, der bereits zur Debatte gestellt worden ist. Hughes erklärte sich mit Balfours Rede einverstanden.

Während der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz griff Staatssekretär Hughes noch einmal in die Debatte ein, indem er sich mit der Frage der offenen Tür im Fernen Osten beschäftigte. Er verlangte die wirtschaftliche und territoriale Unversehrtheit Chinas. China müsse wie alle übrigen Staaten das gleiche Recht erhalten, private Verträge abzuschließen. Die Kontrolle Schantungs und der mongolischen Eisenbahn durch die japanische Regierung müsse aufgehoben werden. Weiter trat er für eine Entfernung der japanischen Besatzungsheere aus Sibirien ein. Wenn man von Japan das Opfer seiner Rechte in Schantung und in der Mongolei fordere, so müsse man auch von England die Aufgabe seiner Rechte in Mesopotamien verlangen. Schließlich betonte Hughes, daß der Kongreß die Aufhebung der Mandate über die Inseln des Stillen Ozeans beschließen müsse. Er legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß er durch die Forderung der Mandatsaufhebung für die Freiheit der Meere kämpfe.

Das zukünftige Verhältnis zwischen Japan und England.

Von maßgebender britischer Seite erfährt man, daß die Mitglieder der britischen Delegation eine völlige Durchsprache der englisch-japanischen Bündnisfrage vor dem Ausschuß für den fernen Osten vorbereiten. Britannien hält das Problem für äußerst wichtig, so daß es von der jetzigen Konferenz gelöst werden muß. Die Frage ist bereits einer der Hauptpunkte auf der Zusammenkunft des britischen Reichsausschusses gewesen, der mit häufigen Unterbrechungen tagte. Es wird erklärt, Britannien würde über das Dreimächteabkommen auf der Grundlage der englisch-japanischen Verständigung verhandeln, die gänzlich anstoßfrei für die Vereinigten Staaten sei. Schwierigkeiten gegen solche Erledigung werden sich aus der möglichen Haltung des amerikanischen Senats ergeben, der, wie man glaubt, jedem Abkommen in der Form eines Vertrages abhold sein würde und eine solche Form der Verständigung für zweckmäßiger halten dürfte, die das Schreckgespenst der „auswärtigen Verknotungen" vermeidet, wie das beliebte Schlagwort in gewissen amerikanischen Kreisen lautet.

Briand ganz isoliert.

London 21. November. Das Organ des Lord Northclife „Wekly Chronicl" ist der Ansicht, daß Briand unmittelbar vor seinem Rücktritt steht, da niemand gegenüber Frankreich guten Willen bezeigt. Frankreich kann auf eine Unterstützung in der Vermeidung einer Herabsetzung seiner Armee nicht rechnen.

Nach dem „New-York-Herald" beabsichtigt Belgien, die Bestrebungen Frankreichs zur Aufrechterhaltung einer starken Landarmee zu unterstützen. Die Bestrebungen Belgiens treffen jedoch auf allgemeinen Widerstand.

Die Ubootfrage.

London 21. November. Nach einer Meldung aus Washington geht die Ansicht Amerikas und Englands in der Frage der Unterseebootstonnage so weit auseinander, daß sich die Erörterungen wahrscheinlich längere Zeit hinziehen werden. Die britische Delegation wird vielleicht eine Gesamttonnage der U-Bootswaffe von 45000 sowie die Einschränkung der großen Unterseefahrzeuge auf 250000 Tonnen vorschlagen. Diese beiden Vorschläge scheinen den Vereinigten Staaten unannehmbar zu sein. Amerika ist der Ansicht, daß 90000 Tonnen U-Boot-Raum für die Verteidigung notwendig sind und ist bereit, England denselben Tonnenraum zuzugestehen. Weiter heißt es in der Meldung, wenn der amerikanische Standpunkt nicht eine radikale Änderung erfährt, scheint wenig Hoffnung zu bestehen, daß ein Übereinkommen bezüglich der Gesamttonnage und der Beschränkung der Größe erwartet werden kann.

Die heiklen Punkte.

Paris, 21. Nov. Wie Pertinax im „Echo de Paris" aus Washington mitteilt, sind die heiklen Punkte bei den Beratungen über die Einschränkung der Seerüstungen: Das japanische Verlangen einer größeren Verhältnisziffer der Seestärke. Die Regelung der Frage der Luftschiffahrt, der Unterseeboote, des Effektivbestandes der Geschwader der Seemächte zweiten Ranges wie Frankreich und Italien. Man könne voraussehen, welches die Auffassung der französischen Regierung sei angesichts der Unzulänglichkeit der Flotte, die Frankreich in die-

sem Augenblick besitze und angesichts der Unmöglichkeit vorauszusehen, wie sich Deutschland und Rußland entwickeln werden, werde Frankreich die volle Freiheit des Handelns während der ersten Periode von zehn Jahren verlangen. Für den Augenblick würden sich die französischen Sachverständigen unter Führung des Admirals de Bon große Zurückhaltung auferlegen.

Vor den Wahlen in Wilna.

Wilna, 21. November. In Verbindung mit der Entschließung über die Erweiterung des Wahlgebietes zum Wilnaer Sejm ist Herr Alexander Mejstowicz zum Präses der vorläufigen Regierungskommission ernannt worden; den Posten eines Vizepräsidenten übernimmt Herr Stefan Mokrzecki, der bislang die Präsidentenpflichten ausgeübt hat. Den Erlaß, welcher die Wahlen zum Sejm in Wilna für das ganze Gebiet des sogenannten Mittellitauens und der Kreise Lida und Bracław ankündigt, wird General Żeligowski mit Angabe des Termins, bis zu welchem die Wahlen stattfinden müssen, herausgeben. Wahrscheinlich wird der 8. Januar Wahltermin sein. Die Wahlordnung wird die vorläufige Regierungskommission festsetzen und veröffentlichen und eine Verordnung über den Beginn der Wahl wahrscheinlich gegen den 26. d. Mts. erlassen. Vorgesehen sind Änderungen der Wahlkreise. Eine Stimme wird auf 7000 Bewohner fallen. Das aktive Wahlrecht dürfen Personen ausüben, die den Bedingungen bezüglich der Geburt, der Wohnung und des Eigentumsrechtes entsprechen. Die Wahlen wird der Generalwahlkommissar und zwei Oberkommissare, einer für Mittellitauen, der andere für die Kreise Lida und Bracław, leiten. Kandidat für den Generalwahlkommissarposten ist seitens der Republik Polen Zadzierzowski, der Oberkommissar für Lida und Bracław, Oberkommissar für Mittellitauen wird der bisherige Kommissar Herr Łuczyński sein. Die Wahl wird im ganzen Gebiet zugleich erfolgen.

Skirmunt über die polnisch-russischen Beziehungen.

Warschau, 21. November. (PAT.) In Verbindung mit dem von Trotzki am 10. d. M. an die Rote Armee herausgegebenen Befehl erklärte der Außenminister Skirmunt dem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur folgendes: Die Beziehungen zwischen Polen und den Sowjets entwickeln sich in den letzten Wochen in einer weit friedlicheren Weise, als in jenem Zeitraum, der unmittelbar auf die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen folgte. Die ungewöhnliche Geduld, mit der die polnische Regierung die Nichterfüllung der von den Sowjets übernommenen Verpflichtungen, die sich aus dem Rigaer Vertrag ergeben, behandelte, das Verständnis für die Mißgriffe dieser Regierung, da die feierlichsten Versprechungen der maßgebenden Vertreter der Sowjetregierung von dieser nicht durchgeführt würden, und unser ständiges festes Bestreben, den Frieden aufrecht zu halten, hatten zur Folge, daß die kriegerischen Vorkehrungen unserer östlichen Nachbarn erfolgreich aufgehalten wurden. Wir müssen feststellen, daß sich von Seiten der Sowjets im Laufe der letzten Tage eine Tendenz bemerkbar machte, die darauf hinzielt, endlich die Verpflichtungen Polen gegenüber einzulösen. Aber der Zwiespalt, der in der Sowjetregierung herrscht, wo ein Teil der Volkskommissare noch bestrebt ist, eine Reihe von sterbenden Doktrinen einzuführen, die von der Mehrheit, die von solchen Experimenten nichts wissen will und eine regelrechte Arbeit wünscht, bekämpft werden, stellt uns im gegenwärtigen Augenblick und wird uns noch oftmals vor solche unverhofften Tatsachen wie den letzten Befehl Trotzkis an die Rote Armee stellen. Wir haben das Recht anzunehmen, daß dies nur ein Ausbruch des Hasses des militärischen Führers ist, dem es stets verwehrt war, sich auf dem Schlachtfelde auszuzeichnen und der die Gelegenheit eines erneuten Glückversuches verpaßte. Seinem Auftreten messen wir keine größere Bedeutung zu, wozu wir das Recht hätten, wenn wir mit dem Maße messen wollten, das gegen Staaten von gleicher Zivilisation wie die unsrige angewandt wird. Die Innenverhältnisse Rußlands jedoch bewegen uns, dies für eine geringfügige Herausforderung zu erachten, der gegenüber wir, wie bisher, kaltes Blut und Verständnis bewahren.

Benesch über den polnisch-tschechischen Vertrag.

Prag, 21. November. (PAT.) Zur Ergänzung des Berichtes über die Ansprache des Ministerpräsidenten Benesch, die er in der letzten Kammersitzung hielt, bringen wir noch etliche Zusätze, in denen der Ministerpräsident die Bedeutung des Vertrages mit Polen charakterisierte. Benesch betonte, daß der Vertrag eine unbedingt notwendige Sache, ein Erfordernis der Logik und ein Ergebnis der historischen Entwicklung und der geographischen, politischen und internationalen Lage war, endlich daß er den Lebensbedürfnissen beider Völker, und zwar den wirtschaftlichen wie auch den finanziellen Bedürfnissen, entsprach. Dieser Vertrag bedeutet die Anerkennung der gegenseitigen Grenzen beider Staaten, die durch internationale Verträge festgelegt und von beiden Staaten angenommen wurde. Er bedeutet den unbeugsamen Willen, überall dort einig zusammenzuarbeiten, wo Schwierigkeiten in Verbindung mit der Anwendung des Friedensvertrages entstehen könnten. Hiermit hängt auch die gegenseitige Neutralität beider Staaten im Falle des Angriffs irgend eines Staates und die Bestätigung der Interessenlosigkeit beider Staaten in allen Angelegenheiten, die unmittelbar nur eine Seite betreffen, zusammen. Es handelt sich darum, daß keine unnötigen Schwierigkeiten entstehen in Dingen, die nicht unmittelbar einen Staat betreffen, der den Vertrag schloß. Die Bedeutung des Vertrages beruht darauf, daß in Zukunft alle Konflikte zwischen beiden Staaten durch einen Spruch des Schiedsgerichtes oder eines anderen Gerichtshofes geregelt werden sollen, die zu diesem Zweck ins Leben gerufen wurden. Dies beweist, daß wir ebenso mit Polen wie Polen mit uns ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben wünschen. In dem Kampfe um die Festigung Mitteleuropas wurde hier ein großer Schritt nach vorwärts getan. Der polnisch-tschechoslowakische Vertrag ist gegen niemand gerichtet, weder gegen Deutschland noch gegen Rußland oder Ungarn. Allen denen, die nicht bestehende Sachen sehen wollten und sahen, antworte ich, daß es genügt, „daß unsere Nachbarn unserem Beispiele folgen“, damit alle Befürchtungen schwinden. Der Vertrag bedroht nicht die Interessen unserer Nachbarn und auch keine der Nachbarn Polens. Was die Bedeutung dieses Vertrages anbetrifft, so ist es schwer, dies vor der Ausführung des Vertrages, was eine gewisse Zeit erfordern wird, einzuschätzen. Die Verpflichtung, in der Angelegenheit der Unterstellung unter einen Zwangsschiedsspruch ist nach der Ansicht Dr. Beneschs ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Abrüstung und der Befestigung des tatsächlichen Friedens in Mitteleuropa.

Die albanische Frage.

Zurückziehung der südslawischen Truppen aus Albanien.

London, 21. November. Aus Albanien wird gemeldet, daß die jugoslawische Regierung sich der Entscheidung der Alliierten gefügt und die Truppen, die sich in Albanien befinden, zurückgezogen hat. Es sind jedoch noch zahlreiche Banden im Lande zurückgeblieben.

Wie „Petit Parisien“ erfährt, teilte Bourgeois seinen Kollegen im Völkerbundrat den Text der Depesche des Dr. Benesch mit, in der dieser den guten Willen der jugoslowenischen Regierung in der Angelegenheit des Streites mit Albanien feststellt, und seine Dienste anbietet für den Fall, daß irgendwelche Schwierigkeiten entstehen sollten.

Serbiens Einspruch gegen die neue albanische Grenze

Wien, 21. November. Die Ententegesandten haben die Belgrader Regierung aufgefordert, das von ihr besetzte albanische Gebiet sofort zu räumen, da die Botschafterkonferenz die albanische Grenze unter Wahrung der albanischen Vorrechte festgesetzt habe. — Daraufhin hat sich der Ministerrat in einer Note an die Botschafterkonferenz gewandt, worin er grundsätzlich betont, daß die albanische Grenzfrage nicht gelöst werden könne ohne Mitwirkung der an der albanischen Frage am meisten interessierten südslawischen Königreiche. In der Note werden verschiedene Einwände gegen die getroffene Grenzfestsetzung gemacht. Es wird erklärt, daß die Entente anscheinend durch tendenziöse Meldungen falsch informiert worden sei.

Sowjetrußland.

Die Marktpreise in Moskau.

Nach amtlichen Angaben wurden in Moskau im freien Handel zuletzt folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Brot 5000 Rubel, für ein Pud Mehl 240 000 Rubel, ein Pfund Grütze 12 000 Rubel. Kartoffeln 1000 bis 1200 Rubel, Kohl 1500 Rubel, ein Pfund Fleisch 12 000 bis 15 000 Rubel, Speck 35 000 Rubel, ein Krug Milch 6000 Rubel, ein Pfund Butter 54 000 bis 65 000 Rubel, ein Pfund Öl 35 000 Rubel, ein Pfund Stückzucker 55 000 bis 60 000 Rubel, ein Pfund Hafer 60 000 Rubel.

Die bolschewistische Staatsbank

wurde am 18. November in Moskau feierlich eröffnet. Die Bank beabsichtigt die Anknüpfung von Beziehungen zu den Auslandsbanken, damit eine Überweisung von Geldbeträgen in allen Valuten von der Grenze nach allen Städten Rußlands ermöglicht wird. Nach dem Sowjetentwurf sollen die so überwiesenen Beträge in Sowjetbanknoten ausgezahlt werden.

Rußlands Schulden.

Nach amtlichen Angaben der Sowjetbehörden betrugen Rußlands Auslandsschulden vor der bolschewistischen Revolution 12 Milliarden 749 Millionen Goldrubel. Davon entfallen auf England 5 Milliarden 960 Millionen, auf Frankreich 5 Milliarden 5 Millionen, auf Amerika 822 Millionen. Die Vorkriegsschulden Rußlands betrugen ungefähr 4 Millionen Goldrubel.

Uebergang zur Privatwirtschaft.

Königsberg, 21. November. Die Petersburger „Prawda“ veröffentlicht folgendes Telegramm Lenins an den Petersburger Sowjet: „Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist die radikale Verminderung der Staatsbetriebe. Nur ein Minimum von landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen darf künftig vom Staate betrieben werden und ausnahmslos nur solche, die von den Staatsfinanzen keine Zuschüsse verlangen.“

Auf Grund dieses Telegramms beschloß der Petersburger Sowjet, sämtliche städtischen Unternehmungen an Privatpersonen in Pacht zu geben.

Reparation und Reichsregierung.

Aus Berlin wird gemeldet: Die offiziellen Verhandlungen der Reparationskommission mit der Reichsregierung haben begonnen. Wie verlautet, soll die Kommission nicht abgeneigt sein, daß Deutschland für den Fall einer baldigst eintretenden Zahlungsunfähigkeit ein Moratorium gewährt wird, unter folgender Sicherheit:

1. Eingehende Kontrolle der Finanzwirtschaft.
2. Kontrolle der Produktion der Hauptindustriezweige, die sich besonders auf das Ruhrgebiet beschränken soll.
3. vor allem wird die Reparationskommission auf Zahlung der Januar- und Februarrate bestehen.

Es handelt sich um die Zahlung der am 15. Januar 1922 fälligen 500 Millionen Goldmark und um den am 15. Februar fälligen Teil der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe (85 Millionen Goldmark). Die Kommission wünscht diese Zahlungen gesichert zu sehen, eventuell durch eine Bürgschaft der Industrie und der Banken.

England für einen Zahlungsaufschub?

„Daily Mail“ meldet, daß man in offiziösen Kreisen glaubt, Deutschland könne im nächsten Jahre den Zahlungstermin nur mit größter Gefahr für seine eigene finanzielle Sicherheit und nur mit großer Gefahr für seine Nachbarn innehalten. Aus diesem Grunde soll jetzt schon feststehen, daß Deutschland in Kürze wegen Aufhebung seiner sofortigen Verpflichtungen anfragen würde, und daß dieser Bitte stattgegeben werde.

Frankreich besteht auf Zahlung.

Wie der „Tag“ berichtet, wird die französische Regierung in der Note besonders zum Ausdruck bringen, daß der Verlust Oberschlesiens Deutschland kein Recht auf verminderte Zahlungsfähigkeit gäbe, und daß somit die politische Diskussion nicht weiter von der oberschlesischen Frage beherrscht werden dürfte.

In der Kammersitzung, die sich mit der Finanzlage Frankreichs beschäftigte, hielt Finanzminister Doumer eine längere Rede, in der er sich mit der Finanzlage Deutschlands beschäftigte: „Wenn Deutschland will, kann es zahlen. Trotz der Entwertung der deutschen Mark gibt es in Deutschland genügend Reichtümer, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen kann. Wir kennen die Anstrengungen, die gemacht werden, um diese Reichtümer auf die andere Seite der Grenze zu schaffen und wir überwachen diese Bewegung. Ich glaube nicht, daß man in Deutschland ohne Furcht einem Bankerott entgegengehen kann, ohne gleichzeitig die Konsequenzen zu bedenken: das Ende der deutschen Einheit.

Nach einer weiteren Meldung erklärte der französische Finanzminister, er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage darin, daß die Schulden Deutschlands internationalisiert werden.

Amerika gegen die übermäßigen Forderungen.

Eine in London verbreitete Nachricht aus Washington meldet, die amerikanische Regierung stelle sich auf den Standpunkt, daß die augenblicklich von Deutschland geforderten Zahlungen übermäßig seien, und daß Frankreich und Italien Abänderungen zustimmen müßten.

Aus Ungarn.

Die Thronkandidaten.

Paris, 21. November. (PAT.) „Aktion Française“ erhält die Nachricht aus Belgrad, daß von den ausländischen Kandidaten für den ungarischen Thron die größten Chancen der Prinz von Connaught und der Fürst Aosta besitzen. Den ersten stützt England, das auf diese Weise sich die Kontrolle über das Donaugebiet sichern will und die Neutralisierung der Donaumündung durchzuführen wünscht. Diese Kandidatur hat große Aussichten. Der zweite Kandidat wird von Italien gestützt.

Paris, 21. November. (PAT.) Nach den Berichten des „Exchange Telegraph“ aus London hat die Botschafterkonferenz schon die Höhe der Apanage für den ehemaligen Kaiser Karl und seine Familie auf 20 000 Pfund Sterling festgesetzt. Diese Summe sollen alle Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zahlen.

Oesterreich besetzt Westungarn.

Wien, 21. November. (PAT.) Amtlich wird berichtet: Auf Anordnung der Regierung begannen die österreichischen Truppen Westungarn mit Ausnahme des Plebiszitterrains in der Gegend Szopron zu besetzen. Im Laufe des Tages rückten die österreichischen Truppen in Eisenstadt ein.

Ungarn an den Völkerbund.

Ofenpest, 21. November. Die ungarische Regierung übersandte dem Sekretariat des Völkerbundes eine Note, in der sie mitteilt, daß Graf Apponyi, der beauftragt wurde, sich um die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund zu bemühen, seinen Rücktritt eingereicht habe, der auch angenommen worden sei. Die Note enthält weiterhin folgende Feststellungen: Dank dem Eingreifen der alliierten Mächte wurde die Gefahr beseitigt; nichtsdestoweniger stellt die ungarische Regierung mit Bedauern fest, daß ihr keinerlei Mitteilung darüber zugegangen sei, welche Schritte der Völkerbund unternommen hat, um dem Volke Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, entsprechend der Rechten und Pflichten, die der Völkerbund übernommen hat. Die ungarische Regierung betont, daß sie keine Aufforderung, gemäß Artikel 17 des Völkerbundes erhalten habe. Sie hält sich nach Unterzeichnung des Vertrages von Trianon für berechtigt, diesen Protest an die Adresse des Völkerbundes zu richten.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(68. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Furchtbar tobte das Gewitter. Unaufhörlich strömte der Regen vom Himmel, — in großen, schweren Tropfen.

Durch die Buchen an der alten Steinbank pfiff der Nachtwind. Donnernd brach sich die Brandung da unten im Kessel.

Mitternacht war lange vorüber, und noch immer irrten sie, Lies zu suchen.

Und sie konnten sie nicht finden.

Bis auf die Haut durchnäßt, die Haare wirr und feucht, — ohne Hut, — war Knut an die Steinbank gekommen, — ratlos, verzweifelt. Er wußte nicht mehr, wo er suchen sollte.

Das ganze Dorf war mit Fackeln in den Wald und an den Strand geschickt, aber die Fackeln hatte der Regen gelöscht.

Da sah er im grellen Zucken der Blitze ihre Fußspuren jenseits der Einfriedigung.

Da warf er sich platt auf die Erde und kroch zentimeterweise an die gefährliche Bruchstelle heran. Bröckelnd und rieselnd rann der Sand in die Tiefe, die schwarze, steil hernieder gähnende.

Langsam, langsam schob er jetzt den Kopf über den Abhang und starrte hinunter.

Wenn sie hier im Dunkel gegangen, einen Fehltritt getan, dann gab es keine Rettung mehr für sie.

Auf der Stirn perlte ihm der kalte Schweiß.

„Lies,“ schrie er heiser vom fortwährenden Rufen dieses einen geliebten Namens durch die Nacht.

„Lies!“

Dann lauschte er — fiebernd, zitternd.

Aber nur die See rollte da unten und stieß sich die weißen, rastlos greifenden Schaumhände wund an den steilen, vorn überhängenden Felssteinen.

Und der Sand rieselte, — knirschend, — unaufhörlich. Weiter nach vorne schob er sich, mit der Linken an eine überhängende, morsche Kiefer klammernd.

„Lies, — um Gottes Barmherzigkeit willen, — Lies!“

O daß so tiefe Nacht war.

Daß er so gar nichts sehen konnte, — so gar nichts!

Da zitterte wieder ein Blitz, — flammend, grell. Der Mann schrie auf. In halber Höhe, wohl wenige Meter unter ihm, hing Lies, auf schmalem Vorsprung, Dornen, und Wurzeln, hielten ihr Kleid. Ihr Haupt lag hintenüber, — wie leblos. Er hatte deutlich im flammenden Blitz die marmorne Blässe in ihrem Gesicht gesehen, — die geschlossenen Augen.

War sie tot? War sie ohnmächtig?

Gott, dann nur nicht wecken jetzt, nur nicht wecken! Jede Bewegung konnte sie in die Tiefe hinabstürzen.

Wie der Sand rieselte — knirschend, — unaufhörlich! Wie ihre Schwere die Dornen niederzog und die Wurzeln lockerte im Boden.

Sollte er zurückgehen und Hilfe holen?

Konnte es dann nicht schon zu spät sein?

Knut Rainer konnte nicht mehr denken, nicht mehr überlegen. Er sah nur noch Lies, seine Lies, — die da unten hing zwischen Tod und Leben.

Und er tat das Wahnsinnige und stieg hinab. Langsam, — tastend, — tastend, — Zoll für Zoll. An altem Kiefergestrüpp und verdorrtem Heidekraut sich haltend, tastend mit den äußersten Fußspitzen nach jedem kleinsten Vorsprung. Bis sein Fuß sie berührte, bis er neben ihr hing, keuchend, — in Schweiß gebadet.

Aber was nun?

Kaum daß seine Füße, seine Hände einen Stützpunkt fanden, wo er sich einkrallte in das bröckelnde, rieselnde Gestein. Wie sollte er sie aufheben, halten, — der sich selber kaum hielt?

Da fühlte er plötzlich etwas an seine Schulter schlagen, leise klatschend, wie ein nasses Seil.

Von oben aber rief Ernst:

„Seil Dich an, — es ist fest, — wir haben es um die Buchen gebunden.“

Da fühlte er die Schlinge und hing sich hinein und schwebte so frei zwischen Himmel und Erde.

„Tiefer,“ rief er durch den Wind, — tiefer!“

Da ließen sie ihn hinab, bis er in Schulterhöhe war mit Lies.

Als er sie aufnahm in seine Arme, — schwernaß, — eiskalt, — fielen polternd Kiefern, Erde und Dornen, daran sie gehangen, in die Tiefe.

Dann zogen sie ihn hoch da oben, — viele unsichtbare Hände, die er nicht sah.

Wie langsam das ging, wie furchtbar langsam!

Wie das Seil einschnitt in seine Finger, daß sie bluteten! Wie schwer Lies war in den nassen Kleidern, wie regungslos und steif und kalt! — — — — — — — — — — —

Der Regen hatte nachgelassen. Nur langsam tropfte es von den nassen Buchenzweigen. Neben die alte Steinbank hatte er sie auf die Erde gelegt. Er konnte nicht mehr. Wäre Ernst nicht gekommen mit dem Seil und den Männern, Knut Rainer hätte es nicht mehr schaffen können.

Neben seinem Weibe auf der nassen Erde kniete Knut, auf der anderen Seite Ernst. Die kalten, erstarrten Glieder rieben sie ihr, — die Brust, — die Stirn, — wortlos, — fiebernd.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Sejmausschüssen.

In einer gemeinsamen Sitzung des **Finanz- und Haushaltsausschusses** und des **Verfassungsausschusses** wurden die Forderungen des Ministers Michalski geprüft, die in seinem Entwurf der Finanzverbesserung dargelegt sind, und nach denen der Sejm ohne Einvernehmen mit der Regierung keine Ausgaben bewilligen kann. Es wurden Zweifel über die Rechtlichkeit dieser Forderungen deswegen erhoben, weil Art. 11 der Verfassung nur von der Notwendigkeit eines einmaligen Hinweises durch den Sejm auf die Deckungsmittel der beschlossenen Ausgaben spricht. Der Referent Herr Loewenstein erklärte sich für eine stilistische Änderung jenes Artikels des Gesetzentwurfes im Sinne des Antrags des Abg. Adam (nat. Volksverband), und daß der Sejm festsetzen solle, daß er Ausgaben nicht nur ohne Hinweis auf die Deckungsmittel, sondern auch ohne Einvernehmen der Regierung beschließen wird. Der Abg. Diamand (polnisch-sozialistische Partei) widersetzte sich dem Antrag aus Verfassungsrücksichten. Der Abg. Adam erklärte, daß er für einen solchen Beschluß in der Form einer Sejmerklärung sei. Der Abg. Głąbiński sprach die Ansicht aus, daß man eine solche Änderung des Gesetztextes vermeiden müsse, die dem Sejm das Recht nimmt, Anträge über solche Ausgaben zu beschließen, was eine Art Diktatur des Finanzministers schaffen würde. Eine solche Diktatur könnte auch für die Finanzen des Staates selbst von Nachteil sein. Beweis dafür sind die letzten Verordnungen des Finanzministers über die ungleichmäßige Erhöhung von Tabakfabrikaten im ehemaligen preußischen Teilgebiet und die Verordnung über die Aufhebung der Steuern von Hülsen, wozu der Minister nicht berechtigt war und nicht berechtigt ist. Man muß jedoch dem Wunsche des Finanzministers Genüge tun, damit er nicht unverhofften Sejmbeschlüssen ausgesetzt sei, die seinen ganzen Finanzplan zunichte machen können. Aus diesem Anlaß müßte der Sejm in der Form eines besonderen Beschlusses beantragen, daß er bis zu der Zeit, wo die Staatsfinanzen geregelt sind, keine Steuern ohne Einvernehmen mit der Regierung beschließen wird. In ähnlichem Sinne sprach der Abg. Dubanowicz, der darauf Nachdruck legte, daß der Sejm nicht mit der Verfassung in Widerspruch treten dürfte. Darauf wurde ein Unterausschuß gewählt, der aus den Abgg. Głąbiński, Rataj, Dubanowicz, Diamand und dem Referenten besteht. Dieser Ausschuß wird unter Teilnahme des Finanzministers den Entwurf des Sejmbeschlusses in dieser Angelegenheit bearbeiten.

Republik Polen.

† **Während der Rückreise des Staatspräsidenten** aus Lida ereignete sich ein Zwischenfall, der leicht hätte gefährlich werden können. Da die Bremse infolge des Frostes nicht richtig funktionierte, konnte der Zug nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden und fuhr auf eine am Ende des Gleises stehende Schranke. Der Anprall war so stark, daß sowohl die Lokomotive, als auch die Schranken beschädigt wurden. Die Insassen des Zuges blieben unverletzt.

Verlängerung des Termins für die Wahlen.

Das Ministerium des ehemals preußischen Teilgebietes gibt folgendes bekannt:

Mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe von Städten nicht dazu gekommen ist, die Wahlen zu der Stadtverordnetenversammlung in der vorgeschriebenen Zeit vorzubereiten, hat der Minister des ehemals preußischen Teilgebiets den Termin der Durchführung der Kommunalwahlen auf die Weise verlängert, daß die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung bis zum 20. Dezember d. Js., die Wahlen zu den Kreislandtagen bis zum 10. Januar, die Wahlen zu den Wojewodschaftstagen bis zum 20. Januar 1922 stattfinden sollen. Der Termin dieser letzten zwei Wahlen wurde deshalb verlängert, damit die neuen Stadtverordnetenversammlungen sich daran beteiligen können. Zugleich löst der Ministerrat alle Stadtverordnetenversammlungen, die auf Grund der Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats im Gebiete der Demarkationslinie gewählt wurden, mit dem 1. Januar 1922 auf. Wir lenken also die Aufmerksamkeit der Städte, die in dem Gebiete der Demarkationslinie liegen, darauf, daß sie vor dem 1. Januar 1922 keine Wahlen zu den Kreislandtagen durchführen, da erst nach diesem Tage die Stadtverordnetenversammlungen sich an diesen Wahlen beteiligen können.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 22. November.

Betriebsstörung im Elektrizitätswerk.

Gestern abend kurz vor 7 Uhr versagten zum allgemeinen Mißbehagen überall die elektrischen Lampen, dadurch eine ungeheure Verwirrung in dem auf das elektrische Licht angewiesenen Betrieben hervorrufend. Besonders groß war der Wirrwarr in den plötzlich in tiefer Dunkelheit liegenden Wohnungen, namentlich aber in den Kaffees und Gastwirtschaften, die neben der elektrischen über keine andere Beleuchtungsart verfügen. Die Besucher dieser Wirtschaften suchten schleunigst ihre Überzieher usw. und verließen die finsteren Gaststätten. Manche sollen sogar im Drange der Geschäfte die Begleichung ihrer Zechen vergessen haben. Hin und wieder schien es zeitweis, als ob das elektrische Licht wieder in alter Helligkeit erstrahlen wollte; aber man sah sich in dieser Erwartung getäuscht und mußte sich mit mehr oder minder stoischem Gleichmut in sein Schicksal ergeben. Erst gegen 10 Uhr begannen die Birnen wieder ihre Lichtfülle zu spenden, auch heute früh dauerte diese Helligkeit an, bis um 8 Uhr das elektrische Licht wieder versagte. Über die Ursachen der Betriebsstörung im Elektrizitätswerk erfahren wir durch Erkundigung beim Direktor des genannten Werkes folgendes:

Die Störung ist zurückzuführen auf eine Verstopfung der Luftpumpe und das dadurch bedingte Versagen der Kondensation, sodaß ein Rückgang der Spannung eintrat. Infolgedessen schalteten sich die nach dem Stadtnetz führenden automatischen Ausschalter mit dem Rückgang der Spaltung im Strom aus, sodaß die Stromunterbrechung eintrat. Die Störung in der Luftpumpe wurde in 10 Minuten durch Ausblasen beseitigt. Dann erhielten bei der Aufnahme der Stromlieferung ins Netz infolge Versagens eines automatischen Schalters, der sich geklemmt hatte, einzelne Kabel Überstrom, weshalb die Sicherung in den Speisepunkten, d. h. den Kabelhauptkästen, durchbrannte. Ein Einsetzen neuer Sicherungen war in der Nacht nicht durchzuführen, umso weniger, als diese Arbeit nur beim vollständigen Ausschalten des gesamten Netzes stattfinden kann, eine Arbeit, die bei Nacht infolge der mangelhaften Beleuchtung naturgemäß sehr erschwert wird. Außerdem mußte der ganze Stadtbezirk, der von der Unterstation Jersitz aus gespeist wird, ebenfalls stromlos gemacht werden, weil das ganze Netz unter sich zusammenhängt, worauf auch das Glühen der Lampen am Plac Wolnosci (früher Wilhelmsplatz) zurückzuführen ist. Heut bei Tagesanbruch rückten fünf Arbeitskolonnen zur Feststellung und Beseitigung der Beschädigungen in den Kästen der Speisepunkte aus. Gegen 8 Uhr wurde wieder das ganze Stadtnetz ausgeschaltet. Es wird mit allem Eifer daran gearbeitet, die Störung noch im Laufe des Vormittags zu beseitigen.

Tatsächlich war die Störung gegen 11½ Uhr zur großen Genugtuung aller Bezieher des elektrischen Lichts, die auch am Tage darauf angewiesen sind, wie z. B. die Setzmaschinen in den Buchdruckereien, endgiltig beseitigt.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung zur Sprachenfrage

hat am 18. d. Mts. der hiesige Bezirksausschuß in der s. Zt. berichteten Angelegenheit über die angeordnete Entfernung der deutschen Inschriften am Evangelischen Gemeindehause der Kreuzkirche in Lissa i. P. gefällt. Am 7. Oktober d. J. hatte der Starost des Kreises Lissa der genannten Gemeinde aufgegeben, innerhalb einer bestimmten Frist die deutschen Inschriften „Evangelisches Gemeindehaus", „Tut Ehre jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehret den König" (1. Petr. 2, 17), „Baenschsche Stiftung" und „Erbaut im Jahre des Heils 1910/11 entfernen zu lassen. Der vom Gemeindkirchenrat der Kreuzkirche angerufene Bezirksausschuß hat nun in der Verhandlung am Freitag, der auch der Starost von Lissa und ein Vertreter der hiesigen Wojewodschaft beiwohnten, dahin entschieden:

„Die Verfügung des Starosten vom 7. Oktober 1921 wird aufgehoben. Der Starost hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen."

In der Verhandlung nahm der Starost auf Anraten des Vorsitzenden seine Verfügung, soweit sie sich auf die letzten drei Inschriften bezieht, ohne weiteres zurück. Dann wurde darüber verhandelt, ob sich die Klägerin vergleichsweise bereit erklären sollte, neben der deutschen Inschrift „Evangelisches Gemeindehaus" eine polnische Übersetzung anzubringen. Der Vertreter der Klägerin lehnte das jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Darauf fällte der Bezirksausschuß das Urteil auf Ungültigkeit der Verfügung des Lissaer Starosten und begründete das folgendermaßen:

„Eine Verordnung über die Ergänzung deutscher Inschriften durch polnische Inschriften oder über die Beseitigung deutscher Inschriften besteht nicht. Die von dem Starosten erwähnten Erlasse sind keine Verordnungen, sondern sogenannte Okulniks, d. h. dienstliche Anweisungen, Rundverfügungen des Herrn Wojewoden an seine Untergebenen. Diese sind für das Publikum nicht maßgebend und haben keine Gesetzeskraft. Hätte der Wojewode eine allgemein gültige Verordnung erlassen wollen, so hätte er nach § 139 des Landesverwaltungsgesetzes die Zustimmung des Bezirks-Ausschusses hierzu einholen müssen. Dies ist nicht geschehen. Daher liegt eine Verordnung im Rechtssinne nicht vor. Das Gericht hat unter diesen Umständen die Rechtsfrage der Rechtsgültigkeit einer etwaigen Verordnung nicht geprüft."

Die Öffentlichkeit dürfte folgende Bemerkung des Vorsitzenden des Bezirksausschusses interessieren: Es gibt keine Bestimmung, wonach jemand gezwungen werden kann, eine polnische Inschrift anzubringen. Jeder kann seine Firma oder eine sonstige Angabe in der Sprache machen, die ihm beliebt.

Die vielbegehrten deutschen Ansiedelungen. Das Bezirkslandschaftsamt in Posen gibt bekannt, daß sich auf die freiwerdenden Ansiedelungen, die den Deutschen abgenommen werden sollen, bereits soviel Personen gemeldet haben, daß nur ein kleiner Teil wird berücksichtigt werden können. Von jetzt ab nimmt das Landschaftsamt solche Meldungen nicht mehr entgegen.

Die nächste Posener Messe soll am 19. März 1922 eröffnet werden und bis zum 27. März dauern. Als Aussteller werden zugelassen Bürger der Republik Polen einschließlich des Wilnaer Gebiets und Oberschlesiens, sowie Bürger des Freistaats Danzig. Die Leitung der Messe liegt in den Händen des Herrn Mieczysław Krzyżankiewicz-Szamsta, F. Szymański, die einem eigens gebildeten städtischen Ausschuß unterstehen, der sich aus den Herren Dr. Kiedacz, Kultys, Piechowski, Robiński, Cybichowski, Kasprowicz, Żak, Ignatowicz und Mazurkiewicz zusammensetzt. Das Bureau der Messe befindet sich Sapiehaplatz 10 b.

Bevorstehende Herabsetzung der Eisenbahnfahrpreise? Aus Warschau wird gemeldet, daß das Eisenbahnministerium beabsichtigt, am 1. Dezember eine Ermäßigung der Eisenbahntarife um 60 v. H. eintreten zu lassen.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Es wird darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, dem 23. d. Mts., im Fortgange des Lehrganges für Deutsch- und Heimatkunde Herr Studienrat Dr. Beckmann einen Vortrag über die deutsche Sprache halten wird.

Volkstümlicher Liederabend Fräulein Henny Fuchs. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, dem 27. d. Mts. ein volkstümlicher Liederabend stattfinden wird. Und zwar wird Fräulein Henny Fuchs ein reichhaltig zusammengestelltes Programm von volkstümlichen Liedern unserer besten Komponisten und einige Volkslieder vortragen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Ev. Vereinsbuchhandlung zu haben und zwar zu 60, 80 und 120 M. Schüler und Schülerinnen zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Englischer Sprachkursus. Bei der überaus reichen Beteiligung, die der angekündigte Sprachkursus im Rahmen der volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträge gefunden hat, sieht sich der Veranstalter, der akademisch und seminaristisch geprüfte Sprachlehrer Greff, veranlaßt, den Kursus in 1. einen Anfangskursus und 2. in einen Kursus für Fortgeschrittene zu teilen. Kursus I wird künftig am Mittwoch, von 8—9 Uhr im Zeichensaal des Deutschen Gymnasiums stattfinden. Beginn am 23. November. Dieser Kursus findet bei freiem Eintritt statt. Auf Wunsch wird er evtl. zweistündig in der Woche abgehalten werden. Kursus II für Fortgeschrittene wird mit Rücksicht darauf, daß am Montag ein größerer Saal nicht zur Verfügung steht, nicht wie mündlich mitgeteilt am Montag, sondern am Dienstag und Freitag von 8—9 Uhr im Zeichensaale stattfinden. Beginn am 29. November. Für diesen Kursus wird ein geringes Honorar erhoben werden, das bei der großen Hörerzahl nicht mehr als 300 Mark betragen wird.

Die Auswandererzüge verkehren im Monat Dezember 1921 am Freitag, den 2. Dezember, am Freitag, den 9. Dezember, am Dienstag, den 20. Dezember. Im Monat Januar 1922 am Dienstag, den 3. Januar und am Freitag, den 13. Januar.

Berichtigung. In der gestern veröffentlichten Liste der deutschen Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen muß als Nr. 20 gelesen werden: Landwirt Alexander Jakob.

✕ **Auch die Spitzbuben haben ihre Jahreszeiten.** Gegenwärtig mit zunehmender Kälte sind wieder Pelzdiebstähle an der Tagesordnung. Mit Vorliebe suchen sie Kaffees und Gastwirtschaften auf, halten dort unter den aufgehängten Pelzen der Gäste Umschau und verschwinden mit den wertvollsten. Die Besucher der Kaffeehäuser pp. seien deshalb unter Hinweis auf diese üble Gepflogenheit der Herren Spitzbuben darauf aufmerksam gemacht, daß sie, um sich vor dem Verlust ihrer Pelze zu bewahren, auf diese ein wachsames Auge haben.

✕ **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum 20. d. Mts. wurde ein Einbruchsdiebstahl im Hause ul. Bukowska 33 (früher Bukerstr.) verübt; gestohlen wurde ein Herrenpelz mit Sealkragen im Werte von 160 000 M. — In der Nacht zum 18. d. Mts. wurden aus dem Lager der Danziger Siemensgesellschaft, ul. Pawla 12 (früher Paulikirchstr.) Schalter, Sicherungspatronen, Isolierrollen, Materialien, sowie Wickeldraht zum Neubewickeln der Anker zu Elektromotoren durch Einbruch gestohlen.

□ **Samter,** 22. November. Das Fest der silbernen Hochzeit feierten am 19. d. Mts. die Korduanschen Eheleute in Klein Gay, Kr. Samter.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Braunsberg,** 21. November. Wegen Ermordung der Kellnerin Langanke im Eisenbahnzuge Zinten—Wormditt verurteilte das hiesige Schwurgericht den Schuhmacher Gustav Trepel aus Zinten zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis. Die Geschworenen hatten nur die Schuldfrage auf Tötung eines Menschen ohne Überlegung bejaht.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	22. November	21. November
Bank Związku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VIII	340 + N	335 + A
Hurtownia Związkowa	135 +	130 + N
Hurtownia Drog.	130 + A	130 + A
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI	220 +	220 +
Bank Ziemian I—III	225 +	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	200 +	—,—
R. Barcikowski V em.	170 + A	—,—
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	365 + A	365 +
Luban	600 +	580 + N
Dr. Roman May I—III	—,—	470 +
„ „ IV	440 + A	—,—
„Patria"	—,—	350 + A
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	1250 + A
C. Hartwig IV em.	—,—	400 + A
Cegielski I—VII em.	220 A	230 +
Wytwornia Chemiczna	200 + A	200 + A
Inoffizielle Kurse:		
Bank Przemysłowców	—,	210 + N
Iri	125 + A	130 + A
Papiernia Bydgoszcz	—,—	230 +
Hartwig Kantorowicz	—,—	595 + A
Wagon Ostrowo	155—160 + A	160—155 + A
Wisła	770 + A	—,—
Herzfeld Viktorius	—,—	400 + N
Bentzki	—,—	495 N
Wielk. Huta Miedzi	250—255 + N	250 + N
Pneumatik	140 + N	140 + N
Sarmatia	350 + A	—,—
Bławat	—,—	335—340 + N
Orient	—,—	180 + N

Berliner Börsenbericht

vom 21. November.

Diskonto-Komm.-Anleihe	605.—	3½ % Pos. Pfandbriefe	23.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1810.—	Polnische Noten	8.5
Hartmann Masch.-Aktien	1144.—	Auszahlung Warschau	7.95
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	900.—	Kriesnoten	21.50
Schantung Eisenbahnanl.	675.—	Dollar	270.75
Neuguinea Comp.-Akt.	900.—	Englische Pfund	1085.—
R. Wolff	1090.—	Holländische Gulden	9525.—
4 % Pos. Pfandbriefe	28.—	Schweizer Franken	5100.—
		Danzig polnische Mark	7.90
		„ „ Noten	8.5

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznań.

Die **älteste und grösste Zigarrenfabrik Polens** mit 5 Filial-Fabriken, in welchen ca. 800 Arbeiter beschäftigt werden, von

M. ROSENBERG, Poznań

Telephon 1753. ulica Patrona Jackowskiego 32 Telephon 1753.

liefert **nur erstklassige Zigarillos und Zigarrenfabrikate aus garantiert rein überseeischen Tabaken bester Gewächse.** Durch grossen günstigen Tabakeinkauf veranlasst, habe ich die Preise meiner seit Jahrzehnten rühmlichst bekannten Fabrikate ganz bedeutend herabgesetzt. Infolge des Einfuhrverbotes für Zigarrenkisten-Ausstattungen kann ich, nach Aufarbeitung meiner gegenwärtigen Vorräte, meine Fabrikate nur ohne Ausstattungen in den Handel bringen, bis es gelungen ist, Zigarrenkisten-Ausstattungen in Polen herzustellen. Ein in Kürze erscheinender Appell meiner Firma unter Mitwirkung einer Preisjuri bedeutender Professoren und Künstler wird den lithographischen Kunstanstalten Gelegenheit geben, recht bald Zigarrenkisten-Ausstattungen herzustellen, so dass die Zigarren-Industrie Polens ihren Bedarf hier decken kann und das Ausland nicht mehr zum Bezuge von Ausstattungen benötigt.

OBERSCHLESISCHE KOHLEN und KOKS

Bestellungen auf jede Menge zur Lieferung im Januar nehmen wir nur bis 28. November entgegen.

17-20% AZOT-KALK

sowie

SALZ- u. SCHWEFELSÄURE

liefern wir sofort in Zugladungen.

Międzynarodowe Towarzystwo Handlowe i Przemysłowe.

Filiale: Poznań, plac Wolności 10. Telephon 56-46. Telegr.-Adr.: Poltrust. —::— **Zentrale: Kattowitz (Oberschlesien).**

Der Kalender der Deutschen in Polen für 1922 ist

„Der deutsche Heimatbote in Polen“,

herausgegeben von der deutschen Landesvereinigung des Deutschtumsbundes in Polen. Er enthält neben einem sehr praktisch eingerichteten Kalendarium, neben wichtigen Aufsätzen, die das Deutschtum angehen, neben einem umfangreichen, belehrenden und unterhaltenden Teil und neben guten Bildern praktische Tabellen über die Jahrmärkte in Posen und Pommerellen, die wichtigsten Behörden mit ihren Adressen, die die Vertretungen Polens im Auslande, die Vertretungen Deutschlands in Polen, die gesamten Eisenbahnstationen (deutsch und polnisch) die Zusammensetzung des Teilministeriums, der Wojewodschaft usw. Das Buch umfaßt 160 Seiten und kostet trotz des reichen Inhalts nur 250 M. Es ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen, den Verlag der „Deutschen Nachrichten“, Bydgoszcz, plac Wolności 1 III, und alle Deutschtumsbünde. Jeder mache seine Bestellung sofort.

Tauschgelegenheit!!!!

Rittergut **in Deutsch-Oberschlesien,** über 1000 Morgen groß, gegen **entsprechend. Landgut in d. ehem. Provinz Posen zu tauschen.** Offerten nimmt entgegen

Samenhandlg. Telesfor Otmianowski
Poznań, Szkolna 9.

Gut, 1000-2000 Mrg. mit gutem Boden, zu kaufen gesucht. Auszahlung nach Belieben. Ang. u. **M. P. Poznań, ul. Działyńskich 3** (Naumannstr.), hptr. r.

Geschäftsgrundstück,

bestehend aus **4 Läden mit Wohnungen,** außerhalb Poznań, steht zum sofortigen Verkauf. Anfragen sind unter **Z. D. 3967** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Gelegenheitskauf!

2 Dampfpflüge „Fowler“
16 PS., gebaut 1908.
10 PS., gebaut 1899.

1 kompl. J. H. C.-Trecker,

Dampf-Krümmeregge
für 1/2 Meter Arbeitsbreite,
günstig zu verkaufen.

Centrala Pługów, T. z o. p., Poznań,
Telephon 4152. ulica Piotra Wawrzyniaka 28—30.
Telegr.-Adresse: „CENTROPŁUG“.

Aufruf.

Wir suchen in der Provinz Posen und in Pommerellen für unsere **ernsten Reflektanten** aus Galizien u. angekommene **Amerikaner**

Ankauf

von **landwirtschaftl. Gütern, Rittergütern, Mühlen u. and. industriellen Objekten,** wie **Lokomobilen u. Motore usw.**

Speziell reflektieren wir auf **landw. Güter** im Werte von

3—300 Millionen Mark.

Die verehrten Herren Besitzer ersuchen wir um schnellste Zusendung von Offerten unter Berücksichtigung genauester Aufstellnug, Beschreibung und äußerster Preisangabe. [Par 503

Landwirtschaftliches Industrie-Bureau „Agricola“
in **Lemberg-Galizien (Lwów-Małopolska),** ul. Sapiehy 57.

Posener Tiefbrunnen-Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań,
Traugutta 6, Tel. 1568, **liefert erstklassige Arbeiten.**

Getreide :: Sämereien
Kartoffeln : Stroh : Wolle
Oele :: Maschinen
Zement :: Dachpappe
Textilwaren

Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft

T. z o. p.
Poznań, ulica Wjazdowa 3.
Telephon 4291.

Achtung! Ziegeleien und Industriewerke!

Feinst. Koksgruß, Schutt in Waggonladungen liefert sofort.

Gefl. Angebote unter **3953** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Beabsichtige mein (3962

Grundstück,

16 Mrg. groß, gute Gebäude, sofort zu verkaufen. **Karl Korduan, Modderwiese,** Kreis Friedeberg (Neumark).

---

1 **fast neu. Grasmäher (Cormik), wenig gebr. Viehwage, fast neues Harmonium (Hofberg)**
zu verkaufen. [3954
Renneker, Małe Sokolniki,
Station Kazmierz.

Grauen Haaren
gibt die Naturfarbe
unter Garantie wieder
„Axela“
Haar-Regenerator
Flasche 150 Mk. bei
J. Gadebusch,
Poznań, Nowa ul. 7
od., Axela-G.m.b.H.
Berlin N. 4,
Schröderstr. 1.

Dunkelblaues Winter-Mantelkleid billig zu verkaufen. Zu spr 11—4 Uhr. **Ul Głogowska 104 I. Bethmann.**

Obstbäume, Fruchtsträuch., Alleebäume, Rosen Spargel- Erdbeer- Heckenpflanzen usw. liefert laut Sorten- u. Preisverzeichn.
Aug. Hoffmann,
Baumschulen,
Gniezno.

Gemäß § 5 des Ortsstatuts vom 21. März 1912 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Hebeliste der Kanalgebühren für das Rechnungsjahr 1921 vom 22. November bis 29. November 1921 im Bureau III a des Rathauses Zimmer 35, zur Einsichtnahme ausliegt.

Magistrat III a.
Dr. Kiedacz.

The address of **Charles Gros,** son of Charles Gros, an officer of the Black Brunswickers of 1814, is asked for by his nephew **Joseph Gros, 8054 Walker St., Holmesburg. Phila Penna, U. S. A.** Charles Gros was a compositor by profession.

Die Anschrift des Herrn **Karl Gros,** Sohn Karl Gros', Offizier der Schwarzen Husaren in Braunschweig von 1814, wird gesucht von seinem Neffen **Joseph Gros in Holmesburg, Walker Str. 8054. Phila Penna. U. S. A.** Karl Gros war Schriftsetzer von Beruf.

Bahn-Spedition.

Wer hat hier **leeren Waggon** nach **Königsberg i. Pr.** oder wer **verzieht** dorthin, um gemeinsam einen Waggon von Poznań demnächst zu verladen. Angebote mit genauer Adresse unter **P. Z. 3881** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Die Beleidigung, die ich dem **Max Schauer** zugefügt habe, nehme ich zurück.

Gustav Petroll.

Welcher Ansiedler
liefert mir zwei geräucherte

Speckseiten

nach Poznań. Gefl. Ang. u. **P. P. 3966** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Heirat! Vermög. Damen w. glückl. Heirat! Herren, auch ohne Vermög., gibt Auskunft Frau PUHLMANN, BERLIN 58, Weissenburg. Str. 43.

Statt Karten.

Für die anläßlich unserer Silberhochzeit uns so zahlreich erwies. Freundlichkeiten sagen wir hierdurch unseren [3955

herzlichsten Dank.

August Korduan und Frau.

Klein-Gay, 1. Nov. 1921

Freiwill. Versteigerung!

Am **Freitag, d. 25. Nov., vorm. 10½ Uhr,** werde ich **Markt 6** folgende Sachen meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Repositorium,
1 Tombank,
1 Glasspind,
1 Pult,
2 Regale,
1 National-Kasse,
1 Geldschrank,
1 Bierapparat,
1 eiserner Ofen,
4 Tische, Bänke u. Stühle,
1 großer Mehlkasten,
mess Wage und Gewichte,
1 Dezimalwage,
ca 50 qm Bretter,
ca. 35 Glasflaschen,
1 Mostrichapparat usw.

Obige Sachen können eine Stunde vor Verkauf angesehen werden. (3963

Gniezno, d. 21. Nov. 1921.

Baranowski,
Städt. Vollziehungsbeamter.

Zwei evangel. Landwirtstöchter, 22 u. 25 J. besuchsweise in Poznań wünschen Herrenbekanntschaft zwecks **Heirat.** Offert. unter **Glück 3952** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Inspektor, 27 J. alt, gr. stattliche Erscheinung, aus besserer Familie, sucht passende Damenbekanntschaft **zwecks späterer Heirat.** Zuschr. m. Bild, welches zurückgesandt wird, sind unter **E. J. 3958** an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten. Diskretion Ehrensache.

Brennholz-Verkauf.

Dienstag, den 29 November 1921, vormittags 10 Uhr, im **Gasthaus Baum zu Owinska.**

Porzellan-Klosettbecken,

komplett, neu, ungebraucht, mit Spülkasten und Anschluß gegen Höchstgebot abzugeben. Offerten unter **H. B. 3959** **an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.**